

In der Senatssitzung am 21. März 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

13.03.2023

S 1

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.03.2023

Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems im Zuge des Mehrweggebots

Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

- 1) Zu welchen Ergebnissen hat die Prüfung der Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen Leihangebots geführt, die mit dem Antrag „Mehrweggebot für Veranstaltungen“ (Drucksache 20/690 S) beschlossen wurde?
- 2) Welche öffentlichen Unternehmen eignen sich aus Sicht des Senats besonders für die Umsetzung eines öffentlichen Mehrwegsystems?
- 3) Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, ein kommunales Mehrwegsystem in Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter zu entwickeln?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

- 1) Zu welchen Ergebnissen hat die Prüfung der Errichtung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen Leihangebots geführt, die mit dem Antrag „Mehrweggebot für Veranstaltungen“ (Drucksache 20/690 S) beschlossen wurde?**

Am 01.03.2023 wurde durch den Vergabeausschuss Angewandte Umweltforschung, die Vorlage der BAB-Die Förderbank für das Forschungsvorhaben „Entwicklung von Maßnahmen und eines Strategieplans zur Etablierung einer einheitlichen Mehrweglösung für Bremer Veranstaltungen“ genehmigt; auf Wunsch der BIS (Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH) wird auch Bremerhaven in dem Vorhaben berücksichtigt.

Das Projekt wird aufzeigen, wie ein etabliertes einheitliches Mehrwegsystem, geclustert für verschiedene Anwendungsfälle (z.B. Großveranstaltungen, Kleinveranstaltungen, Märkte), in den verschiedenen Akteursgruppen umgesetzt werden kann. Dabei wird eine nachhaltige und aus ökobilanzieller Sicht vorteilhafte Mehrweglösung erarbeitet und auf deren organisatorische, logistische und finanzielle Machbarkeit eingegangen. Weiter werden hygienerechtliche Aspekte bei der Etablierung und Nutzung einer Mehrweglösung berücksichtigt und es wird ein Kommunikationskonzept (Öffentlichkeitsarbeit, Anreizsysteme) entworfen.

Das Vorhaben wurde durch die im Bremer Bündnis für Mehrweg zusammengeschlossenen, einschlägigen Unternehmen (mit öffentlicher Beteiligung und rein private Unternehmen) angestoßen. Nach Zustimmung des Vergabeausschusses wird der Zuwendungsbescheid nun erteilt und das Vorhaben umgesetzt. Als Laufzeit des Projekts ist der Zeitraum 15.03.2023-15.09.2024 geplant. Projektverantwortlich ist das Institut für Energie und Kreislaufwirtschaft an der Hochschule Bremen GmbH (IEKrW).

Der Senat wird das Vorhaben eng begleiten und in jeder Phase prüfen und abstimmen, ob Teil-Umsetzungen bereits vor Ende der Projektlaufzeit durchgeführt werden können.

2) Welche öffentlichen Unternehmen eignen sich aus Sicht des Senats besonders für die Umsetzung eines öffentlichen Mehrwegsystems?

Regionale Unternehmen werden im Rahmen des Forschungsvorhabens eingebunden und auf jeweilige Eignung zur Erfüllung der vorstehenden Maßstäbe und Ziele geprüft.

3) Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, ein kommunales Mehrwegsystem in Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter zu entwickeln?

Wenn sich die Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter im Rahmen des Forschungsvorhabens als die geeignetste Lösung herausstellt, steht der Senat einer solchen Zusammenarbeit offen gegenüber.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Abstimmung mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 13.03.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.